

## Festveranstaltung 10 Jahre ZEW – Zu Europa gibt es keine Alternative

Zum Festakt anlässlich des zehnjährigen Bestehens am 2. Februar 2001 konnte das ZEW in Mannheim mehr als 500 Gäste begrüßen. Auf dem Programm stand neben Ansprachen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel und des ZEW-Aufsichtsratsvorsitzenden, Prof. Dr. Manfred Timmermann, eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die wirtschaftliche Integration Europas – Herausforderungen, Chancen, Risiken“.



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion von links: Prof. Dr. Jürgen Strube (Vorstandsvorsitzender der BASF), Ministerpräsident Erwin Teufel, ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz, Prof. Dr. Dr. h. c. Otmar Issing (Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank). Foto: GES

■ Zehn Jahre ZEW, das sei eine Erfolgsgeschichte, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mannheimer Forschungsinstituts geschrieben hätten. Diese Bilanz der bisherigen Forschungsarbeit des ZEW zog der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel. Er zeigte sich vor allem von der Tatsache beeindruckt, dass es dem ZEW in relativ kurzer Zeit gelungen sei, sich national und international in der Spitzengruppe der Wirtschaftsforschungsinstitute unverwechselbar zu positionieren. Besondere Anerkennung zollte der Ministerpräsident der Führung des ZEW. Die Gründungsdirektoren, Professor Dr. Dr. h. c. Heinz König (wissenschaftliche Leitung) und Ernst-O. Schulze (kaufmännische

Leitung), sowie ZEW-Präsident Professor Dr. Wolfgang Franz, der 1997 die Nachfolge von König antrat, hätten durch ihren hohen Einsatz den Aufbau des Instituts zu seiner heutigen Größe und Bedeutung maßgeblich vorangetrieben. Eindrucksvoll bestätigt habe sich das 1989/90 erarbeitete Konzept des ZEW, das auf qualitativ hoch stehende wissenschaftliche Arbeit, Internationalität, Interdisziplinarität und Praxisbezug setze. Eine Stärke des ZEW sei aber auch, zukunftsweisende neue Forschungsfelder wie die neuen IuK-Technologien zu bearbeiten.

In einem kurzen Rückblick ließ der Vorsitzende des Aufsichtsrats des ZEW, Prof. Dr. Manfred Timmermann, die bis-

herigen Stationen in der Entwicklung des ZEW Revue passieren. Seit seiner Gründung habe das Institut Drittmittel in Höhe von 47 Millionen DM eingeworben, davon allein fast acht Millionen im vergangenen Jahr. Derzeit habe das Institut ein Budget von rund 20 Millionen DM und beschäftige 115 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Timmermann hob besonders hervor, dass das ZEW im Dezember 1998 mit der Begehung durch den Wissenschaftsrat die aus wissenschaftlicher Sicht größte Herausforderung mit Bravour bestanden habe.

### Vom vordergründigen Charme des Protektionismus

ZEW-Präsident Franz führte zu Beginn der Podiumsdiskussion aus, dass nur der Begriff, nicht aber das Phänomen der Globalisierung neu sei. In der Wirt-

#### In dieser Ausgabe

Festakt 10 Jahre ZEW .....	1
Nachfrageschwankungen bei unternehmensnahen Dienstleistern .....	3
Tarifverträge und Effizienzlöhne als Ursache von Lohnstarrheiten .....	4
Eignerstruktur und Innovationen .....	5
Gewerbliche Schutzrechte .....	6
Termine .....	3
ZEW intern: Habilitation .....	5
Daten und Fakten .....	7
Standpunkt .....	8

## 10 Jahre ZEW

### Initiativpreis für das ZEW

Im Rahmen der Festveranstaltung zeigte sich nicht nur, dass der Name ZEW inzwischen national und international einen guten Klang hat, sondern auch die regionale Eingebundenheit des Forschungsinstituts in die Rhein-Neckar-Region. So konnte das ZEW den von der Unternehmensgruppe Engelhorn und dem Verlagshaus Mannheimer Morgen gestifteten Initiativpreis für die Förderung des Ansehens der Stadt Mannheim als Kultur- und Wirtschaftsmetropole im In- und Ausland entgegennehmen.



von links: Prof. Heinz König, Ernst-O. Schulze, Prof. Wolfgang Franz, Richard Engelhorn, Prof. Otto H. Jacobs, Erwin Teufel, Rainer von Schilling  
Foto: GES

schaftsgeschichte habe es immer wieder Phasen der Globalisierung gegeben, von denen zahlreiche allerdings abrupt geendet hätten. Franz analysierte, dass dies immer dann der Fall gewesen sei, wenn die Verlierer der Globalisierung die Oberhand gewonnen hätten. Das abrupte Ende solcher Phasen der gegenseitigen Öffnung sei demnach keine Folge ökonomischer Fehlschläge gewesen. Vielmehr sei es nicht gelungen, den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile der Globalisierung zu vermitteln und die Verlierer dieser Entwicklung zu kompensieren. Heute stehe man nun wieder vor ähnlichen Problemen. Die Akzeptanz der Marktöffnung in der EU sei in weiten Teilen der Bevölkerung gering, gerade auch mit Blick auf die EU-Osterweiterung. „Den vordergründigen Charme des Protektionismus sollten wir nicht unterschätzen“, gab Franz am Ende seiner Ausführungen zu bedenken.

### EU: Vielfalt in der Einheit

Professor Dr. Jürgen Strube, Vorstandsvorsitzender der weltweit agierenden BASF AG, eröffnete seinen kurzen Vortrag mit dem Statement „Die Welt wächst zusammen“. Aus Sicht der BASF, so Strube, sei die Osterweiterung der EU quasi vorgegeben. Es könne nur

noch um das „Wie“ gehen und nicht mehr um das „Ob“. Die EU brauche in Zukunft Arbeitskräfte von außerhalb. Wettbewerbsfähigkeit, Forschung und Innovationsstärke seien wesentliche Voraussetzungen für die EU-Osterweiterung. Weiterhin seien auch institutionelle Reformen notwendig. Sie müssten politisch und wirtschaftlich gefördert werden. Die Erweiterung der EU müsse jedoch finanzierbar bleiben. Aus diesem Grund seien auch der Strukturfonds und die Agrarmarkordnung der EU dringend renovierungsbedürftig. Strube schloss mit der Bemerkung, dass die Stärke Europas die Vielfalt in der Einheit sei und dass diese Vielfalt dringend bewahrt werden müsse.

### Den Kohäsionsfonds für neue Beitrittskandidaten öffnen

Ministerpräsident Teufel vertrat die Ansicht, dass das Subsidiaritätsprinzip und die kommunale Selbstverwaltung in Europa durchaus eine Zukunft hätten. Allerdings sei es ein beklagenswertes Defizit, dass letztere auf europäischer Ebene noch nicht vertraglich verankert sei. „Wenn Europa zentralistisch angelegt wird, dann wird es scheitern“, warnte Teufel. Die Osterweiterung der EU betrachtete der Ministerpräsident als eine

„einmalige Chance, Europa zu vollenden“, die es wahrzunehmen gelte. Deutschland werde von ihr profitieren. Jedoch sehe er als wesentliches Problem die Finanzierbarkeit dieser Erweiterung. Vor allem jene Länder sollten bereit sein, heute auf etwas zu verzichten, die bei ihrer Aufnahme in die EU selbst von den Zahlungen aus dem Kohäsionsfonds profitiert hätten. Dieser Fonds habe ihnen zu jenem Zeitpunkt die Anpassung ihres wirtschaftlichen Niveaus an den Durchschnitt der damaligen EU-Mitgliedsstaaten ermöglicht. Es sei daher nur recht und billig, dass die Mittel dieses Fonds heute den neuen EU-Beitrittskandidaten zu Gute kommen sollten. Daher plädierte Teufel dafür, den Kohäsionsfonds zu öffnen, denn dann sei die EU-Osterweiterung finanzierbar.

### Europa ist gegen ungünstige Entwicklungen gerüstet

Professor Dr. Dr. h.c. Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB), sagte, dass sich für die EZB nach zwei Jahren Geldpolitik für den komplexen Wirtschaftsraum Europa die nächste Herausforderung für das Euro-System bereits anbahne: die Einführung des Euro-Bargelds. Eine stetige Herausforderung für die EZB sei es weiterhin, für einen stabilen Euro zu sorgen. Die Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe sei ihr bisher gut gelungen, trotz mancher Widrigkeiten wie etwa dem starken Ölpreis. Die Investoren hätten nie das langfristige Vertrauen in den Euro verloren. Dies sei ein großer Erfolg für eine so junge Institution wie die EZB.

Issing vertrat die Ansicht, dass Europa dank des Euros besser gegen ungünstige weltwirtschaftliche Entwicklungen gerüstet sei als früher. Er stellte aber auch die Frage, ob die Währungsunion in Europa ohne eine politische Union überleben könne. Issing mahnte, man solle sich nicht mit dem Status quo zufriedengeben. Das, was in den vergangenen 50 Jahren erreicht worden sei, müsse den Menschen in Europa die Gewissheit geben, dass allein auf diesem Weg die Zukunft liege. ◀

Katrin Voß, voss@zew.de

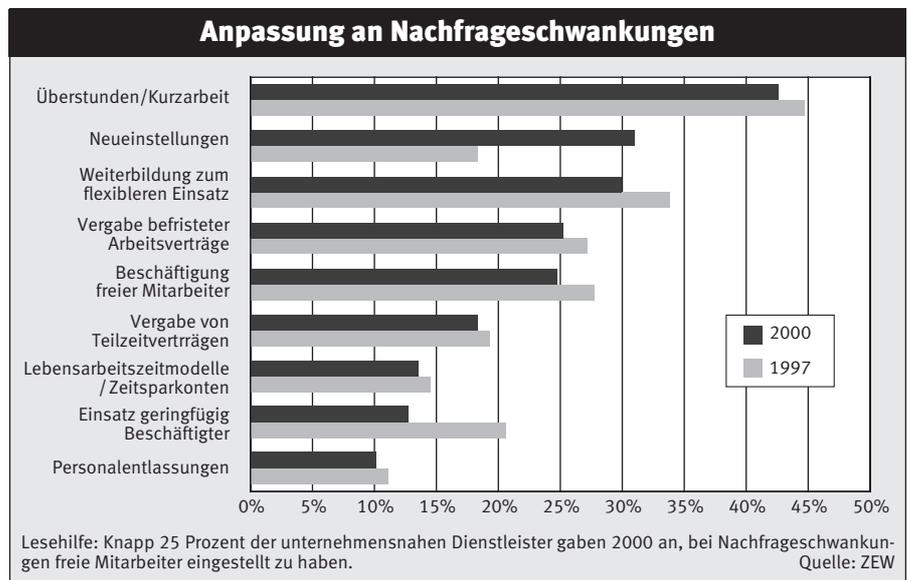
**Forschungsergebnisse**

# Mit Überstunden und Kurzarbeit gegen Nachfrageschwankungen

Auf konjunkturelle und saisonale Nachfrageschwankungen reagieren unternehmensnahe Dienstleister überwiegend mit Überstunden und Kurzarbeit. Lebensarbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit spielen nur eine untergeordnete Rolle. Dies geht aus der Erhebung bei unternehmensnahen Dienstleistern vom vierten Quartal 2000 hervor, die das ZEW gemeinsam mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, durchgeführt hat.

■ An der Dienstleistungsumfrage von ZEW und Creditreform beteiligen sich vierteljährlich rund 1.100 Unternehmen aus zehn Branchen. Die Unternehmen geben Auskunft über die Entwicklung von Umsatz, Ertrag, Nachfrage, Preisen und Personal im laufenden und im kommenden Quartal. Im vierten Quartal 2000 beantworteten sie weiterhin Fragen dazu, in welcher Form sie auf Nachfrageschwankungen reagieren.

Die Umfrage zeigt, dass unternehmensnahe Dienstleister zum Ausgleich von Nachfrageschwankungen am häufigsten Überstunden oder Kurzarbeit anwenden. Die Möglichkeit, Personal neu einzustellen oder es zum flexibleren Einsatz zu schulen, setzen sie ebenfalls relativ oft ein. Im Vergleich dazu reagieren die unternehmensnahen Dienstleister auf Nachfrageschwankungen nur selten mit Personalentlassungen. Die Möglichkeit, geringfügig Beschäftigte einzustellen, nutzen sie ebenfalls nur wenig. Dass diesen beiden Instrumenten nur geringes Gewicht zukommt, liegt sicherlich auch an institutionellen Regelungen. Neben dem Kündigungsschutz ist dies beispielsweise auch die Regelung



der 630-DM-Jobs. Vor diesem Hintergrund stellen die unternehmensnahen Dienstleister eher freie Mitarbeiter ein oder vergeben befristete Arbeitsverträge. Auch Lebensarbeitszeitmodelle oder Teilzeitarbeit spielen in der Unternehmenspraxis lediglich eine untergeordnete Rolle, obwohl sie in der Politik im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit rege diskutiert werden.

Die Umfrage zeigt, dass die unternehmensnahen Dienstleister im Jahr 2000 stärker von konjunkturellen als von jahreszeitlichen Nachfrageschwankungen betroffen waren. Hauptursache dafür ist ihre enge Verflechtung mit dem verarbeitenden Gewerbe und die daraus resultierende Verknüpfung mit der Industriekonjunktur.

Alexandra Spitz, spitz@zew.de

**Wirtschaftspolitik aus erster Hand**

Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, spricht zum Thema „Wirtschaftsordnung im Lichte des Grundgesetzes“. Datum: 15. März 2001 Ort: ZEW Information: Katrin Voß, E-Mail voss@zew.de, Telefon 0621/1235-103

**Labor Market Effects of Income Support and Training Programs – A Comparison between Germany and the US**

Gemeinsam mit dem Nobelpreisträger für Wirtschaft, Professor James J. Heckman von der Universität Chicago, organisiert das ZEW am 4. - 5. April 2001 eine Konferenz zu den Arbeitsmarkteffekten von Sozial- und Ausbildungsprogrammen im deutsch-amerikanischen Vergleich. Bei der Konferenz werden unter anderem die folgenden Themen behandelt: Lohnsubventionen (Earned Income Tax Credit) und Arbeitsmarktbeteiligung von Familien, Evaluation der Arbeitsmarkteffekte von Ausbildungsprogrammen, Arbeitslosigkeit und soziale Sicherung. Die Konferenzsprache ist Englisch. Tagungsort: Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und in europäischen Angelegenheiten (Tiergartenstraße 15, 10785 Berlin). Das Tagungsprogramm wird Interessenten (beschränkte Teilnehmerzahl) auf Anfrage zugeschickt. Anmeldung: Dr. Sonja Kurz, E-Mail kurz@zew.de, Telefon 0621/1235-245

## Forschungsergebnisse

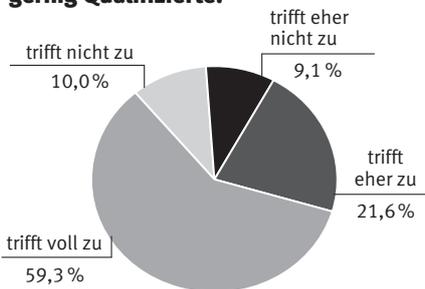
# Tarifverträge und Effizienzlöhne als Ursache von Lohnstarrheiten

In der Arbeitsmarktdebatte wird immer wieder die Idee diskutiert, dass sich durch Lohnsenkungen neue Arbeitsplätze schaffen ließen. In der Praxis ist es hingegen oft so, dass Unternehmen Löhne zahlen, die über dem Marktlohn bei Vollbeschäftigung liegen und die auch bei hoher Arbeitslosigkeit kaum gesenkt werden. Als Ursachen kommen dafür rechtliche und ökonomische Faktoren in Betracht. In einer Studie hat das ZEW die Relevanz dieser Faktoren erstmals für Deutschland auf Basis einer Unternehmensbefragung untersucht.

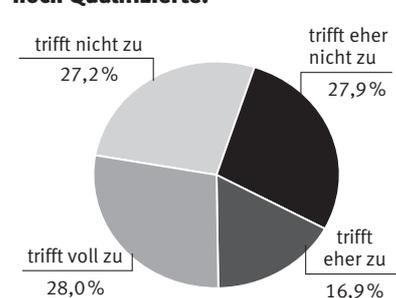
### Ursachen von Lohnstarrheiten aus Sicht der Unternehmen

Aussage: Tarifverträge verhindern eine Senkung der Arbeitsentgelte

#### gering Qualifizierte:



#### hoch Qualifizierte:



Quelle: ZEW-Unternehmensbefragung Hinweis: Insgesamt wurden weitere acht Aussagen zur Diskussion gestellt.

■ Lohnstarrheiten können aus ökonomischer Sicht mit verschiedenen Theorien erklärt werden, die entweder die Interessen der Arbeitnehmer (Insider-Outsider-Theorie), der Unternehmen (Effizienzlohntheorie) oder beider berücksichtigen. Die Insider-Outsider-Theorie besagt, dass bei der Bestimmung des Lohnsatzes in Unternehmen in Tarifverhandlungen ausschließlich die Interessen der Beschäftigten (Insider) berücksichtigt werden. Die Interessen der Arbeitslosen (Outsider) spielen hingegen keine Rolle. Die Insider werden Lohnsenkungen nicht zustimmen, da sie ausschließlich ihre eigene Arbeitsplatzsituation im Auge haben. Auf den Punkt gebracht, ziehen die Insider eine geringere Belegschaft mit höheren Löhnen einer größeren Belegschaft mit niedrigeren Löhnen vor.

Auch nach der Effizienzlohntheorie zahlen die Unternehmen den Beschäftigten höhere Löhne, als sie vom Markt her müssten. Die Betriebe wollen auf diesem Weg die Produktivität und Bindung ihrer Arbeitnehmer steigern und

attraktiv für neue Bewerber bleiben. Aufgrund der geringeren Mitarbeiterfluktuation fallen in den Unternehmen beispielsweise niedrigere Such- und Einarbeitungskosten an, die mit der Auswahl neuer Mitarbeiter verbunden sind, und die nicht selten ein Jahresgehalt und mehr betragen.

### Betriebspraxis bestätigt Theorie

Ob diese Theorien mit der betrieblichen Praxis übereinstimmen, untersucht das ZEW erstmals in einer empirischen Studie (ZEW Discussion Paper No. 01-01). Die ökonometrischen Analysen basieren auf einer repräsentativen Erhebung über die Lohn- und Beschäftigungspolitik von fast 40 Prozent aller privaten Unternehmen in Deutschland.

Die Studie zeigt, dass die Unternehmen den beschriebenen Arbeitsmarkttheorien in einer differenzierten Art und Weise zustimmen. Für gering qualifizierte Arbeitnehmer stellen Tarifverträge eine wesentliche Ursache für Lohnstarr-

heiten dar. Von den tarifvertraglich gebundenen Unternehmen haben in der Stichprobe nur 1,7 v.H. ein betriebliches Bündnis für Arbeit realisiert. Bei hoch qualifizierten Arbeitnehmern sind Personalbeschaffungskosten und betriebspezifische Kenntnisse und Fähigkeiten die Hauptursachen für Lohnstarrheiten. Unternehmen sehen von Lohnsenkungen für alle Qualifikationsgruppen auch deshalb ab, um die Gefahr der Abwanderung der jeweils produktivsten Arbeitnehmer gering und die Arbeitsleistung hoch zu halten.

Die Rationalität von Lohnstarrheiten scheint in Deutschland somit von Tarifverträgen und der sie schützenden Hand des Arbeitsrechts einerseits und spezifischen Arbeitsmarktmechanismen andererseits abzuhängen. Härte- und Öffnungsklauseln, die seit Mitte der neunziger Jahre vermehrt in die Tarifverträge eingeführt wurden, und betriebliche Bündnisse für Arbeit stellen zwar einen Schritt in die Richtung einer größeren Flexibilität dar. Sie werden jedoch in den Unternehmen eher selten angewendet. Die Studie legt als Ursache dafür die Wirksamkeit von Effizienzlohnmechanismen nahe, die zusätzlich zu Tarifverträgen für Lohnstarrheiten sorgen.

Ferner zeigt die Untersuchung eine erhebliche Heterogenität der Unternehmen in der Lohnpolitik auf. Diese erschwert ein abgestimmtes Verhalten im Hinblick auf eine generelle Lohnzurückhaltung, wie sie beispielsweise im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ aus Beschäftigungsgründen vereinbart werden könnte. ◀

Prof. Dr. Wolfgang Franz, [franz@zew.de](mailto:franz@zew.de)  
Dr. Friedrich Pfeiffer, [pfeiffer@zew.de](mailto:pfeiffer@zew.de)

## Forschungsergebnisse

# Managergeleitete Unternehmen investieren stärker in Innovationen

Innovationsaktivitäten zählen zu den unternehmerischen Tätigkeiten mit dem größten Risiko. Allerdings versprechen erfolgreiche Innovationen höhere Erträge als konventionellere Investitionen wie reine Kapazitätserweiterungen. Wissenschaftler des ZEW und der Universität Essen gehen in einer neuen Studie der Frage nach, ob sich das Innovationsverhalten von Firmen unterscheidet, wenn entweder die Kapitaleigner das Unternehmen führen oder wenn die Leitung einem Manager übertragen wird, der keine eigenen Anteile hält.

■ Wenn es darum geht zu erklären, weshalb Manager und Kapitaleigner Innovationsprojekte durchführen, lassen sich aus der ökonomischen Theorie zwei verschiedene Ansätze ableiten. Der erste Ansatz besagt, dass im Falle des Misserfolgs von Innovationsaktivitäten die Eigner einen Teil ihres Kapitals verlieren, dem Manager hingegen eine Entlassung droht. Dies stellt für ihn eine unglückliche Entwicklung dar. Neben der temporären Arbeitslosigkeit wird so auch die Reputation des Managers langfristig geschädigt. Gemäß dieser Argumentation investieren managergeleitete Unternehmen weniger in unsichere Projekte wie Forschung und Entwicklung.

Der zweite Ansatz geht davon aus, dass heutzutage die Gehälter von Managern nicht nur vom Gewinn, sondern zu einem großen Teil auch von der Unternehmensgröße abhängen. Da erfolgreiche Forschungsprojekte für die Zukunft überdurchschnittliche Umsätze am Markt versprechen und damit das potenzielle Wachstum erhöhen, hat der Manager hier einen positiven Anreiz, Innovationen durchzuführen. Neben diesem monetären Anreiz steigt mit zunehmender Unternehmensgröße auch das Prestige des Managers. Gemäß dem zweiten Ansatz neigen Manager eher dazu, auch riskante Innovationen oder Forschungsprojekte durchzuführen, da sich ihre zukünftigen persönlichen Erträge verbessern können.

Diese Implikationen aus der Theorie überprüften Wissenschaftler des ZEW und der Universität Essen empirisch (ZEW Discussion Paper No. 00-68). Mit Daten des Mannheimer Innovationspanels testeten sie die beiden Hypothesen anhand von mehr als 2000 befragten

Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Es zeigt sich, dass der Effekt, den der zweite theoretische Ansatz beschreibt, den Effekt aus dem ersten theoretischen Ansatz überwiegt. Manager tendieren demnach eher dazu, viel in Innovationsprojekte zu investieren, um so das Firmenwachstum anzuregen und auf diesem Wege ihr Einkommen zu verbessern. Das Risiko, aufgrund erfolgreicher Innovationsprojekte den Job zu verlieren, bewerten sie als weniger wichtig.

Managergeleitete Unternehmen, bei denen die Kapitalanteile weit gestreut sind und die Manager also nur einer schwachen Kontrolle durch die Eigner unterliegen, investieren am meisten in Innovationen. Interessanterweise gibt es zwischen den eigergeleiteten Firmen und den managergeleiteten Unternehmen mit einem dominanten Kapitaleigner keine Unterschiede. Beide wenden einen geringeren Anteil des Umsatzes

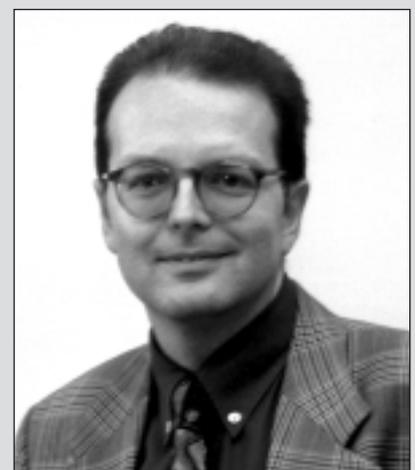
für Forschung und Entwicklung auf als die wenig kontrollierten Manager.

Ein dominanter Kapitaleigner wird genau kontrollieren, ob ein Manager im Interesse des Eigners handelt und den Gewinn maximiert. Je kleiner aber die Anteile eines Eigners sind, um so geringer sind seine Anreize, die Unternehmensführung genau zu kontrollieren. Daher handeln die Manager von Unternehmen mit weit gestreuten Kapitalanteilen eher in ihrem eigenen Interesse und nicht in dem der Eigner. Manager werden nun aber nicht nur gewinnabhängig bezahlt, sondern auch entsprechend dem Umsatzvolumen. Dies lässt vermuten, dass schlecht kontrollierte Manager aus der Sicht der Kapitaleigner zu viel in Innovationen investieren. Dann wächst das Unternehmen zwar stärker, aber die Gewinne werden nicht maximiert. ◀

Dirk Czarnitzki, [czarnitzki@zew.de](mailto:czarnitzki@zew.de)  
Kornelius Kraft, [kraft@wipol.uni-essen.de](mailto:kraft@wipol.uni-essen.de)

## Erfolgreiche Habilitation

Im Januar 2001 hat PD Dr. Viktor Steiner mit seinem Habilitationsvortrag das Habilitationsverfahren an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main erfolgreich abgeschlossen. Er hat sich mit der Arbeit „Employment Effects of Social Security Reforms in Germany“ habilitiert. Ihm wurde die „*venia legendi*“ für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie und der Titel Privatdozent verliehen. In seiner Habilitationsschrift hat Dr. Steiner theoretisch und empirisch die Arbeitsangebots- und Beschäftigungseffekte der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung sowie von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich analysiert.



PD Dr. Viktor Steiner

## Forschungsergebnisse

# Gewerbliche Schutzrechte vor Gericht

Unternehmen können ihre Innovationen durch Patente oder Gebrauchsmuster schützen. Seit einigen Jahren erfüllen diese ihre originäre Funktion, Schutz vor Imitation und Sicherung der Innovationsgewinne, immer weniger. Strategische Aspekte hingegen treten stärker in den Vordergrund. Entsprechend bekommen rechtliche Auseinandersetzungen um intellektuelles Eigentum ein höheres Gewicht. In einem aktuellen Projekt untersucht das ZEW gerichtliche Auseinandersetzungen um gewerbliche Schutzrechte in Deutschland.

■ Ziel der ZEW-Studie ist es, Patent- und Gebrauchsmusterverletzungsprozesse hinsichtlich der folgenden Charakteristika zu untersuchen: der agierenden Parteien, der umstrittenen Patente sowie der Dauer und der Lösung dieser Streitigkeiten. Betrachtet werden sowohl reguläre Klagen vor den Landgerichten Mannheim und Düsseldorf als auch Anträge auf einstweilige Verfügungen gegen einen potenziellen Verletzer, die zwischen 1993 und 1995 verhandelt wurden. Richter benötigen für diese Prozesse eine besondere Qualifikation und Erfahrung. Dies hat zu einer Konzentration der Schutzrechtsausinandersetzungen vor einigen wenigen Landgerichten geführt. So werden insgesamt 85 Prozent aller Prozesse in Düsseldorf, München und Mannheim verhandelt. In Düsseldorf werden mit etwa 45 Prozent die mit Abstand meisten gerichtlichen Auseinandersetzungen zu dieser Problematik geführt.

In 85 Prozent aller Fälle finden Schutzrechtsausinandersetzungen in der Form regulärer Prozesse statt, und nur 15 Prozent als einstweilige Verfügung. An den einzelnen Landgerichten unterscheidet sich dieses Verhältnis jedoch. Während in Düsseldorf der Anteil der regulären Prozesse bei 87 Prozent liegt, beträgt er in Mannheim 76 Prozent. Einstweilige Verfügungen machen in Düsseldorf 13 Prozent aller Fälle aus, in Mannheim 24 Prozent.

### Mannheim verhandelt schneller

Reguläre Prozesse, die durch Einreichung einer Klageschrift beginnen, dauern durchschnittlich 20 Monate. Während Prozesse in Mannheim nach bereits 16 Monaten entschieden werden, dauert es in Düsseldorf 23 Monate, bis ein Fall abgeschlossen wird. Im

### Schutzrechtsverletzungsprozesse an deutschen Landgerichten

	Mannheim	Düsseldorf	Gesamt
Zahl der Prozesse	174	540	714
Dauer der Prozesse			
Hauptsacheverfahren	16,3 Monate	22,9 Monate	20,2 Monate
Einstweil. Verfügung	1,4 Monate	7,5 Monate	3,8 Monate
Anteil natürl. Personen			
Beklagter	10,2%	8,1%	7,56%
Kläger	23,4%	14,1%	16,25%
Erfolgreicher Urteilspruch für Kläger	44,7 %	51%	50%

Quelle: ZEW, eigene Berechnungen

Durchschnitt dauert die Bearbeitung und der Entscheid über eine einstweilige Verfügung am Landgericht Mannheim etwa eineinhalb Monate, wobei die Hälfte aller Anträge innerhalb der ersten Wochen nach der Einreichung entschieden wird. In Düsseldorf werden 50 Prozent aller Anträge in den ersten zwei Monaten bearbeitet; der Durchschnitt liegt aber bei siebeneinhalb Monaten. Die lange Zeit der Unsicherheit in Düsseldorf scheinen die Kläger zugunsten einer höheren Gewinnwahrscheinlichkeit in Kauf zu nehmen. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass die Richter an diesem Landgericht geringfügig, aber signifikant häufiger zum Vorteil der Kläger beziehungsweise der Antragsteller entschieden.

Mehr als zwei Drittel aller Patent- beziehungsweise Gebrauchsmusterverletzungsprozesse werden in der ersten Instanz entschieden. Nur weniger als zwei Prozent aller Fälle werden bis in die dritte Instanz am BGH vorangetrieben. Bisherige Studien gingen davon aus, dass mehr als zwei Drittel aller Streitigkeiten um gewerbliche Schutzrechte außergerichtlich beigelegt werden. Gelangt ein

solcher Disput jedoch vor ein deutsches Landgericht, dann kommt es nur noch in einem Viertel der Fälle zu einer gerichtlichen oder außergerichtlichen Einigung. Knapp 60 Prozent der Prozesse werden durch Gerichtsurteil entschieden.

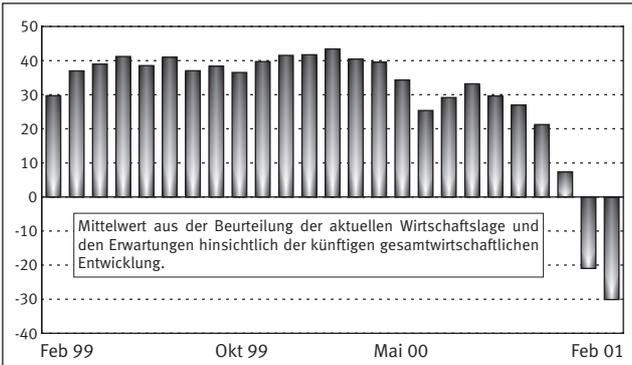
### Außergerichtliche Einigung selten

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Parteien den Prozess bis zum Urteil des Gerichts vorantreiben, erhöht sich signifikant, wenn sie unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich des Prozessgewinns hegen. Eine Einigung vor oder außerhalb des Gerichts wird aber auch dann verhindert, wenn die Erwartungen über das Potenzial der geschützten Erfindung stark voneinander abweichen. Beobachtet werden diese Unterschiede vor allem bei den Gerichtsverfahren, in denen sich natürliche und juristische Personen gegenüber stehen. Erfolgreich für den Kläger gehen Patentverletzungsprozesse vor allem dann aus, wenn das Patent vorher unverändert oder nur teilweise korrigiert aus einem Einspruchsverfahren vor dem Patentamt hervorgegangen ist. ◀

Katrin Cremers, cremers@zew.de

## Daten und Fakten

### Finanzmarkttest im Februar: USA-Konjunkturklima hat sich verschlechtert

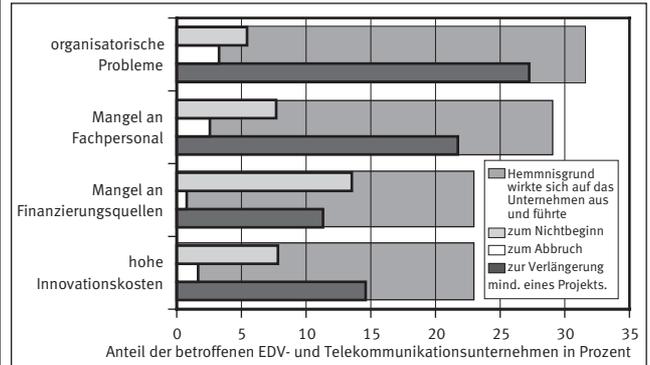


Quelle: ZEW

An der Wall Street ist derzeit die alles entscheidende Frage: Wie lange wird der Konjunkturabschwung dauern, der sich ohne Zweifel ankündigt? Stark gesunken ist in diesem Monat die Bewertung der derzeitigen Wirtschaftslage. Das Konjunkturklima ist dadurch insgesamt gefallen. Die Experten des Finanzmarkttests sind auch weiterhin skeptisch bezüglich der Aussichten für die US-Wirtschaft. Knapp 60 Prozent sehen eine Verschlechterung. Allerdings lag dieser Anteil noch im Januar bei 75 Prozent. Offensichtlich hat die zweite kräftige Zinssenkung von Notenbankpräsident Alan Greenspan doch eine positive Wirkung hinterlassen.

Felix Hüfner, [huefner@zew.de](mailto:huefner@zew.de)

### EDV und Telekommunikation: Fachpersonalmangel bremst Innovationsfähigkeit

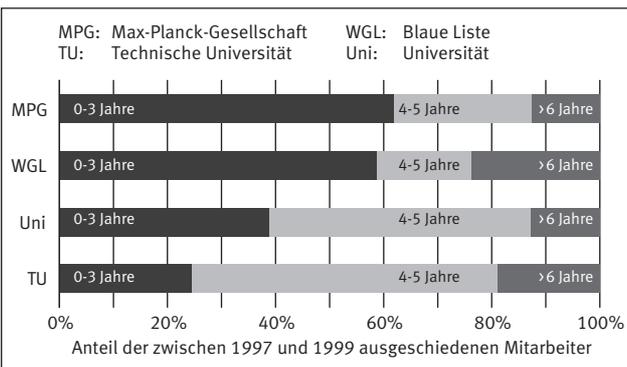


Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1999

In der Branche der EDV- und Telekommunikationsdienstleister war der Anteil innovativer Unternehmen im Jahr 1998 mit 69 Prozent im Vergleich zum gesamten Dienstleistungssektor (58 Prozent) überdurchschnittlich hoch. Allerdings nahm er gegenüber 1997 um elf Prozentpunkte ab. Dieser Rückgang zeigt unter anderem, dass Unternehmen aufgrund verschiedener Hemmnisfaktoren Innovationen gar nicht erst begonnen, sie abgebrochen oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben haben. Dabei erweisen sich in der Branche vor allem hausgemachte organisatorische Probleme und der Mangel an geeignetem Fachpersonal als Innovationsbremsen.

Bettina Peters, [b.peters@zew.de](mailto:b.peters@zew.de)

### Befristete Arbeitsverträge führen zu hoher Personalmobilität in der öffentlichen Forschung

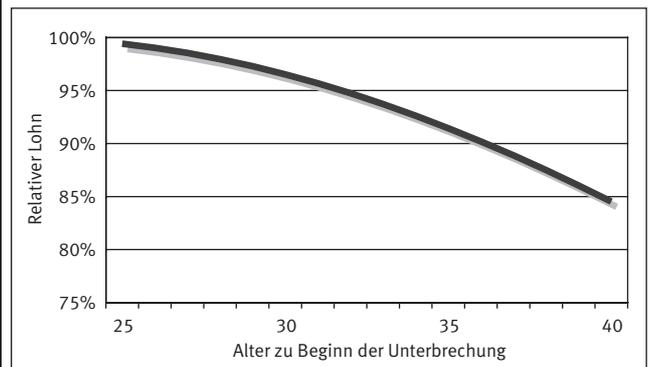


Quelle: ZEW-Befragung „Interaktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft 2000“

Wesentliche Ursache der Personalmobilität in der öffentlichen Forschung ist die Befristung der Arbeitsverträge wissenschaftlicher Mitarbeiter. Etwa 80 Prozent der personellen Fluktuation ist den Vertragslaufzeiten bis zu fünf Jahren zuzurechnen. Die Institute der Max-Planck-Gesellschaft und der Blauen Liste haben bereits nach höchstens drei Jahren Beschäftigungsdauer eine hohe Abgangsrate. Bei den (technischen) Universitäten dominieren die Vier- bis Fünfjahresverträge. Durch die zusätzliche Lehrtätigkeit erlangen Hochschulangehörige später als Wissenschaftler der außeruniversitären Einrichtungen eine weitere wissenschaftliche Qualifikation.

Dirk Czarnitzki, [czarnitzki@zew.de](mailto:czarnitzki@zew.de)

### Timing-Effekt einer dreijährigen Erwerbsunterbrechung auf den Lohnsatz



Quelle: ZEW

Wenn eine 25-jährige Frau ihre Erwerbstätigkeit für drei Jahre unterbricht und danach wieder voll in den Beruf einsteigt, liegt ihr durchschnittlicher Lohnsatz im Alter von 45 Jahren nur ein Prozent niedriger als der einer gleichaltrigen Frau ohne Erwerbsunterbrechung. Verschiebt sie den Ausstieg um fünf Jahre nach hinten, beträgt ihr relatives Einkommen noch gut 96 Prozent. Erfolgt die Erwerbsunterbrechung mit 35 Jahren, liegt das Einkommen bei 91 Prozent im Vergleich mit der durchgängig voll-erwerbstätigen Altersgenossin. Frauen, die erst im Alter von 40 Jahren vorübergehend aus dem Beruf aussteigen, müssen mit einem Lohnabschlag von mehr als 15 Prozent rechnen.

Dr. Miriam Beblo, [beblo@zew.de](mailto:beblo@zew.de); Elke Wolf, [wolf@zew.de](mailto:wolf@zew.de)

# standpunkt



## Agrarpolitik

**D**er BSE-Krise bei allen Schadensmeldungen wenigstens eine gute Seite abzugewinnen und eine agrarpolitische Wende einzuläuten, bei diesem Vorhaben verdient die Bundesregierung Unterstützung. Allerdings sollten der Orientierungsrahmen jetzt richtig gesetzt und vordergründige Schuldzuweisungen tunlichst vermieden werden.

Dies beginnt mit einer Klärung der Verantwortlichkeiten. Die BSE-Krise hat nach Einschätzung von Fachleuten wenig mit dem Typus des landwirtschaftlichen Betriebs zu tun. Beim gegenwärtigen Stand des Wissens liegt die Ursache der BSE-Krise in der Verabreichung von Gefahr bringenden Futtermitteln. Insoweit hier gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen wurde, ist gegen die verantwortlichen Produzenten und Kontrolleure strafrechtlich vorzugehen, wobei nicht der Illusion Vorschub geleistet werden sollte, der Staat könne für die Güte jeder Rindswurst gerade stehen. Wie dem auch immer sein mag, wer behauptet, ausschließlich alle großen landwirtschaftlichen Betriebe verabreichten nur riskante Futtermittel, täuscht sich und andere. Das eine hat mit dem anderen wenig zu tun.

Den Verbraucher als besonders schutzwürdige Person zu proklamieren, macht sich gut, in der Regel ist er ja zum Wähler. Jedoch stimmt auch hier die Optik nicht. Der Verbraucher hatte bisher bereits die Möglichkeit, sein Fleisch beim Ökobauern zu kaufen. Er hat davon indessen wenig Gebrauch gemacht, wohl in erster Linie, weil es ihm zu teuer erschien. Die Konsumenten haben nun und beileibe nicht das erste Mal die Erfahrung gemacht, dass Qualität ihren Preis hat. Es war schon reichlich naiv zu glauben, die teilweise horrenden Preisunterschiede beim Rindfleisch hätten nichts mit Qualitätsunterschieden zu tun, und typisch, als allererstes lautstark nach dem Staat und Ministerrücktritten zu rufen.

Der nunmehr ernüchterte Verbraucher wird seine Wahl treffen, sie braucht ihm nicht von Staats wegen verordnet

zu werden. Der Gesetzgeber hat für Mindeststandards bei der Lebensmittelsicherheit Sorge zu tragen, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ansonsten sollte die Agrarpolitik „von der Ladentheke“ genau dort ansetzen, nämlich an der Zahlungsbereitschaft der Konsumenten. Wenn sie bereit sind, Ökoprodukte zu kaufen, bedarf es der reglementierenden Sonderförderung nicht, wenn nicht, dann werden neue, auf Dauer angelegte Subventionstatbestände geschaffen.

Überhaupt sollte vor einer Schwarz-Weiß-Malerei gewarnt werden. Dem Ökobauern, der auf sich gestellt friedlich im Märzen sein Rösslein einspannt und nur dem Gemeinwohl verpflichtet ist, die seelenlose profitgierige Agrarfabrik mit dubiosen, einem Einheitsgeschmack huldigenden Produkten gegenüber zu stellen, zeugt nicht nur von mangelndem Realitätssinn, sondern reißt unsinnige Gräben auf.

Die beste Remedur für die Lösung vieler Agrarprobleme stellt die Marktlösung dar. Eine Wende in der Agrarpolitik sollte Ernst machen mit einer beherzten und dauerhaften Rückführung der Subventionen und einer Freigabe der Agrarpreise, so wie das von zahlreichen (Agrar-) Ökonomen seit Jahrzehnten angemahnt wird. Gewiss: Die Bundesregierung kann es nicht allein richten, weil die Agrarpolitik in Brüssel gemacht wird. Aber: Sie kann sich im EU-Ministerrat vehement auf die Seite der Reformer im Hinblick auf mehr Liberalisierung schlagen. Die nächste Gelegenheit dafür ist wohl die anstehende Frage, ob und in welcher Form die Zuckermarktordnung verlängert werden soll. Man darf gespannt sein, ob sich die Bundesregierung beim Wort nehmen lassen wird, wenn es um die Landwirtschaftspolitik der Zukunft geht.

Wolfgang Franke

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franke

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

**Nachdruck und sonstige Verbreitung:** mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

**Druck:** Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher